



# bülow redet tacheles!

November 2008

## Raubtierkapitalismus beenden

Klare Konsequenzen aus Finanzkrise ziehen

### **Der Markt ist gierig und reglungsunfähig**

Die Finanzkrise gibt den letzten Beweis, dass der Markt unfähig ist, sich selbst zu regulieren. Die freie Marktwirtschaft wird ungezähmt und unkontrolliert zu einem immer größeren Risiko für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Sie mutiert, wie es Helmut Schmidt nennt, zum Raubtierkapitalismus. Die soziale Marktwirtschaft ist in den letzten 20 Jahren demontiert worden, notwendige Kontrollfunktionen wurden abgebaut. Das Ergebnis ist eine Finanzkrise, die nur durch Hunderte von Milliarden Euros und Dollar vorläufig und notdürftig abgefangen wurde. Doch das Versagen der Finanzwelt wird weitreichende negative Folgen haben, die noch gar nicht abzusehen sind. Sicher ist nur, dass die Auswirkungen vor allem diejenigen treffen wird, die nicht zum Desaster beigetragen haben. Es ist leider zur Realität geworden, dass die Gewinne privatisiert werden und nur wenigen Bürgern zu Gute kommen, aber die Verluste vergesellschaftet werden und so von der Allgemeinheit mitzutragen sind.

### **Rettungspaket sprengt bisherige Dimensionen**


Die Bundesregierung stellt für die Banken Bürgschaften in einer Höhe von 400 Milliarden Euro zur Verfügung, dazu kommen noch einmal mögliche Eigenkapitalspritzen von etwa 80 Milliarden Euro. Dies war als Rettungsversuch notwendig, damit das System nicht zusammenbricht, die Ersparnisse erhalten bleiben und Kredite weiter ermöglicht werden. Doch man muss sich die Dimensionen einmal klar machen: Der Haushalt des Bundeswirtschaftsministerium beläuft sich 2008 auf 6,2 Milliarden Euro. Ein Siebenundsiebzigstel der Summe, die nun für Banken veranschlagt werden! Die Bundesregierung plant zwar „nur“ etwa 5% der Bürgschaft (also 20 Mrd. Euro) als Ausfall ein. Dies allein würde uns in dem Bemühen um einen ausgeglichenen Haushalt um Jahre zurückwerfen.

Die Folgen sind klar: Das Geld fehlt für notwendige Investitionen in Bildung, Forschung, Klimaschutz und in unsere Infrastruktur. Auch Steuererhöhungen sind zu befürchten. Wir haben den Menschen in den letzten Jahren viel abverlangt, weil zu wenig Geld vorhanden ist. Wir haben versucht, an allen Ecken und Enden zu sparen. Mickrige Beträge, wenn man sie in Relation zu den Milliarden setzt, die von Managern und Finanzjongleuren in kurzer Zeit verbrannt wurden. Die Menschen werden uns fragen, warum wir bei ihnen gespart haben und jetzt so viel Geld in die angeschlagenen Märkte pumpen. Die Verantwortlichen können die Suppe nicht mehr auslöffeln, die sie uns eingebrockt haben. Leidtragende werden letztlich wir alle sein.

### **Verantwortung in der Politik**

Jetzt mit dem Finger auf die Finanzwirtschaft zu zeigen, ist zu einfach. Die Politik hat geschlafen, hat jahrzehntelang mehrheitlich ebenfalls das Lied der freien Märkte gesungen. Regulierung, Transparenz und Kontrolle galten als sozialistisches Teufelswerk. Kritiker und Mahner waren unbelehrbare Betonköpfe. Der Zeitgeist versprach unendliches Wachstum und Wohlstand für alle. Auch wir Sozialdemokraten haben uns von diesen Blümenträumen anstecken lassen. Die Quittung bekommen wir jetzt und es bleibt uns nichts anderes übrig, als Steuergelder zur Rettung der Banken auszugeben oder als Sicherheiten zur Verfügung zu stellen. Aber wir sollten wenigstens jetzt unsere Augen öffnen und daraus lernen. Wir müssen Gegenleistungen einfordern,

**Marco Bülow, Mitglied des Deutschen Bundestages**

Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund  
(0231) 47 66 990 /  (0231) 47 66 991

Email: [marco.buelow@wk.bundestag.de](mailto:marco.buelow@wk.bundestag.de)  
<http://www.marco-buelow.de> / [www.buelow-bleibt.de](http://www.buelow-bleibt.de)



# bülow redet tacheles!

November 2008

## Raubtierkapitalismus beenden Klare Konsequenzen aus Finanzkrise ziehen

Transparenz herstellen und die Kontrolle ausweiten und ernst nehmen. Aufsichtsräte sind nicht dazu da, hohe Aufwandsentschädigungen einzustreichen, sondern um zu kontrollieren. Wir sollten das Thema besetzen und zeigen, dass die Politik handlungsfähig ist und wir nicht der internationalen Finanzwirtschaft und den großen Multikonzernen ausgeliefert sind.

### Klare Konsequenzen

Das Wort Joschka Fischers, dass man gegen die Finanzwirtschaft keine Politik machen könne, darf nicht mehr gelten. Die Begrenzung von Managergehältern und stärkere staatliche Kontrollen reichen nicht aus.

- Wir müssen die Finanzoasen rigoros austrocknen. Nicht nur, dass sie mit Niedrigst- oder Nullsteuern parasitär auf Kosten anderer wirtschaften, sie gefährden damit auch die Stabilität des globalen Wirtschaftssystems, da Hedgefonds und Banken dort ohne jegliche Kontrolle nach Belieben Schalten und Walten können. Wer in Deutschland seine (Finanz-)Produkte anbieten möchte, darf in solchen Oasen zukünftig keine Niederlassungen mehr unterhalten.
- Wir brauchen eine effektive nationale, insbesondere aber internationale Finanzmarktaufsicht. „Finanzinnovationen“ gehören durch einen „Finanz-TÜV“ standardisiert und geprüft. Die jetzige Situation mit völlig undurchschaubaren Kreditbündelungen hat uns in diese Krise geritten.
- Wir müssen internationale Finanztransaktionen endlich besteuern. Es ist ein Skandal, dass selbst auf Grundnahrungsmittel und wichtige Medikamente Steuern erhoben werden, viele Geschäfte auf dem Finanzmarkt aber völlig steuerfrei bleiben. Eine Art Tobin-Steuer gehört nun endlich auf den Tisch. Die Kurzfristorientierung von Spekulanten würde damit geschwächt und es würden Gelder eingenommen, die man sinnvoll investieren kann.
- Wegen der schwächelnden Wirtschaft und drohenden Rezession brauchen wir ein vernünftiges Zukunftsinvestitionsprogramm und keine halbherzige und undurchdachte Konjunkturförderung. Wir müssen dort staatliches Geld einsetzen, wo der Einsatz durch private Investitionen erhöht und ergänzt wird. Ein Euro in die Gebäudesanierung zieht sieben privat investierte Euro nach sich. In angeschlagene Branchen - wie der Autoindustrie – könnte man durch gezielte staatliche Anreize Innovationen zu mehr Effizienz, weniger Spritverbrauch und damit höhere Wettbewerbsfähigkeit fördern. Die Aufhebung der KfZ-Steuer ist ökonomisch unsinnig und ökologisch kontraproduktiv.

Die Zeit der neoliberalen Marktgläubigkeit ist vorbei. Wer sich jetzt noch ernsthaft gegen die Notwendigkeit effektiver Transparenzregelungen und stärkerer Regulierungen sträubt, riskiert den nächsten Crash. Bis jetzt sind kaum Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen worden. Auch wenn einige daran Interesse haben, so weiterzumachen wie bisher, wir müssen den Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Zaudern, Zögern und halbherziges Handeln muss überwunden werden. Das Primat der Politik muss zurück gewonnen werden. Es darf aber auch kein Zurück in die Vergangenheit geben. Eine moderne sozial-ökologische Marktwirtschaft, transparent und kontrolliert, ist die zentrale Aufgabe unserer Demokratien im 21. Jahrhundert.